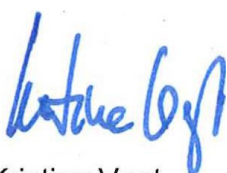


## Umweltpolitische Erklärung der Bremischen Häfen 2024

Als zweitgrößter Hafenstandort Deutschlands übernehmen die bremischen Häfen national wie regional zentrale wirtschaftliche Funktionen. Dabei bekennt sich der bremische Senat zu seiner Verantwortung gemäß dem Prinzip der Nachhaltigkeit neben den sozialen auch die wirtschaftlichen Belange und die Umweltbelange in Einklang zu bringen. Mit Blick auf die Umweltbelange wurde das Umweltmanagementsystem „PERS – Port Environmental Review System“ im Jahr 2011 eingeführt. PERS dokumentiert die Leistungsfähigkeit der Häfen in Bezug auf Umweltschutz, trägt zu kontinuierlichen Verbesserungen bei und bietet den Rahmen für die Formulierung und Überprüfung von Umweltzielen. Ein Umweltbericht wird dazu in zweijährigem Rhythmus fortgeschrieben und veröffentlicht. Diese Praxis trägt den Anforderungen von EcoPorts, der ESPO-Umweltpolitik sowie von Akteuren des Hafens Rechnung.

*Hiermit erkläre ich, dass die bremischen Häfen*

- über die gesetzlichen Umweltstandards hinaus kontinuierliche Verbesserungsmaßnahmen verfolgen, um **innovative umweltfreundliche Technologien und Verfahren** im Bereich der Häfen sowie der Schifffahrt zu entwickeln und zu implementieren. Die Wissensvermittlung an die beteiligten Akteure nimmt hierbei weiterhin eine wichtige Rolle ein.
- weiterhin die seit 2023 **THG-neutrale Hafeninfrastuktur** gewährleisten und auf weitere Emissionsreduzierungen hinwirken, um den Anteil notwendiger Ausgleichszertifikate zu reduzieren. Hierfür werden Anlagen, Fuhrpark und Arbeitsschiffe auf emissionsfreie Antriebe und erneuerbare Energieversorgung umgestellt, neue Energieversorgungsquellen erschlossen und geeignete Energiespeicher aufgebaut.
- das Ziel des **CO<sub>2</sub>-neutralen und emissionsarmen Hafenstandortes Bremische Häfen** bis 2035 verfolgen. Sie unterstützen dazu die Hafenvirtschaft bei der Entwicklung zum „grünen“ Knotenpunkt in „grünen“ Transportkorridoren einer nachhaltigen Lieferkette; hier sind beispielhaft die Projektierung zum klimaneutralen Überseehafen, aber auch das Klimabündnis Fischereihafen zu nennen. Die Entwicklung geeigneter Ziele zur Emissionsreduktion bei Luftschadstoffen wird geprüft.
- die Erzeugung, Speicherung, Nutzung und Weiterverarbeitung von **grünem Wasserstoff** sowohl für Hafenvirtschaft und Schifffahrt aktiv fördern und zur Hinterlandversorgung geeignete Import- und Verteilstrukturen aufbauen. Die Anbindung von Bremerhaven an das Wasserstoffkernnetz ist Bestandteil der Koalitionsvereinbarung und wird dementsprechend verfolgt, um den Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft voran zu bringen.
- den Aufbau von CO<sub>2</sub>-Exportterminals prüfen, um sich in den Aufbau von Transportketten einbringen, die sich der Entsorgung und ggf. Wiederverwendung von CO<sub>2</sub> aus **Carbon-Capture Prozessen** und Anlagen im Rahmen des Klimaschutzes widmen.
- **Digitalisierung sowie die Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) und Umwelt** zusammen denken: Prozessoptimierungen sollen zum Vorteil von Umwelt und Klima sein. Qualitative hochwertige Daten sind hierfür eine Grundvoraussetzung und sollen nutzerorientiert/zielgerichtet bereit gestellt werden
- ihre Kenntnisse über die Umwelt verbessern. Um Veränderungen und die Zielerreichung besser beurteilen zu können wird das bestehende **Umweltmonitoring** fortgeführt und weiter ausgebaut, sowie für Massnahmenplanungen verfügbar gemacht.
- die Anforderungen des **Gewässer-** (MSRL, WRRL) **und Naturschutz** (Natura 2000, Weltnaturerbe Wattenmeer) als feststehende Randbedingung begreifen und sowohl in Hafenbetrieb und Hafentwicklung berücksichtigen. Es soll sichergestellt werden, dass weder die Umwelt für den Menschen oder die Natur so beeinträchtigt wird, dass der Hafen in seinem Fortbestand gefährdet ist.
- für die Anforderungen der **Kreislaufwirtschaft** im Bereich der Häfen sensibilisieren und auf die Vermeidung von Abfall mit schädlichen Umweltauswirkungen hinwirken.



Kristina Vogt  
Senatorin Wirtschaft, Häfen und Transformation